



AMTSBLATT

Gemeinsames Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover

JAHRGANG 2007

HANNOVER, 1. MÄRZ 2007

NR. 8

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER REGION HANNOVER UND DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Region Hannover

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 4 Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) 48

Landeshauptstadt Hannover

Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen im Stadtgebiet von Hannover anlässlich der CeBIT am Sonntag, dem 18.03.2007 48

Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Landeshauptstadt Hannover – TaxiTarif – vom 15. Februar 2007 48

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Hannover 50

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Stadt BURGDORF

Haushaltssatzung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2007 51

2. Gemeinde ISERNHAGEN

2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung 51

3. Stadt LEHRTE

Haushaltssatzung der Stadt Lehrte für das Haushaltsjahr 2007 52

4. Stadt PATTENSEN

1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 138b „Auf den Lehmkuhlen II“;
Beschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplans gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) 52

5. Stadt RONNENBERG

Angemessenheit von Aufwandsentschädigungen nach § 111 Abs. 7 NGO 53

6. Stadt WUNSTORF

Haushaltssatzung der Stadt Wunstorf für das Haushaltsjahr 2007 53

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

— — —

4. Bekanntmachungen im Wege der Amtshilfe werden, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, durch Aushang im Bekanntmachungskasten am Rathauseingang, Bothfelder Straße 29, veröffentlicht.
5. Erscheint das Gemeinsame Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover, die Gemeindezeitung „Blick in unsere Gemeinde“ oder die Hannoversche Allgemeine Zeitung und die Neue Presse infolge eines Streiks, durch höhere Gewalt oder aus einem anderen Grunde nicht, erfolgen die Bekanntmachungen durch Aushang im Bekanntmachungskasten am Rathauseingang, Bothfelder Straße 29.
Nach Beendigung des Hindernisses ist die Bekanntmachung unverzüglich nachzuholen.

Artikel II

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im „Gemeinsamen Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover“ in Kraft.

Isernhagen, den 08.02.2007

GEMEINDE ISERNHAGEN

Bogya

L. S.

Bürgermeister

3. Stadt LEHRTE

Haushaltssatzung der Stadt Lehrte für das Haushaltsjahr 2007

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Lehrte in seiner Sitzung am 20.12.2006 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wird

im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	63.204.300 Euro
in der Ausgabe auf	63.204.300 Euro

im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	12.977.300 Euro
in der Ausgabe auf	12.977.300 Euro

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 1.500.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2007 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer**
 - a) für land- u. forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) 350 v.H.
 - b) für Grundstücke (Grundsteuer B) 350 v.H.
2. **Gewerbesteuer nach dem Gewerbebeitrag** 395 v.H.

Lehrte, den 20.12.2006

STADT LEHRTE

Voß

Bürgermeisterin

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Im Anschluss an die Veröffentlichung liegt der Haushaltsplan mit allen Anlagen gemäß § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO an 7 Tagen - ohne Sonn- und Feiertage sowie dienstfreie Werktagen - zur Einsichtnahme im Rathaus der Stadt Lehrte, Rathausplatz 1, 31275 Lehrte in der Kämmererei, Zimmer 2.5 im Nordflügel, öffentlich aus.

Lehrte, 20.02.07

STADT LEHRTE

Die Bürgermeisterin

Voß

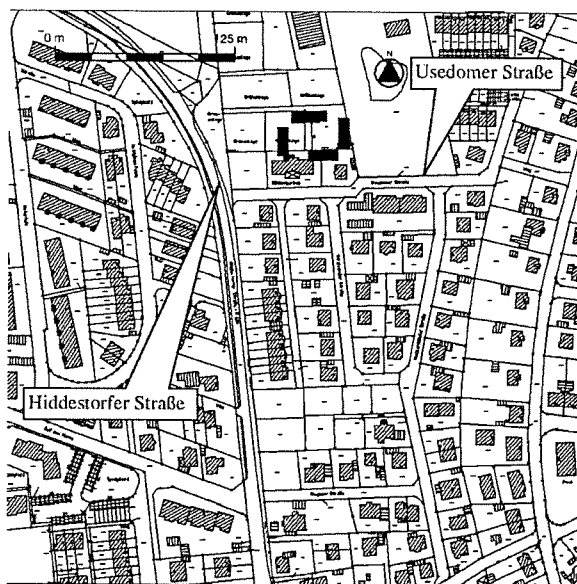
4. Stadt PATTENSEN

1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 138b „Auf den Lehmkuhlen II“; Beschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplans gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und 8 und des § 10 BauGB und aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Pattensen in seiner Sitzung am 14.12.2006 die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 138b „Auf den Lehmkuhlen II“ als Satzung und die Begründung beschlossen. Der Satzungsbeschluss erfolgte unter der Bedingung, dass aufgrund der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen vorgebracht werden, die geprüft werden müssen. Diese Bedingung ist erfüllt.

Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 138b „Auf den Lehmkuhlen II“ ist nach § 8 Abs. 2 Satz 1 des BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Sie bedarf daher nicht der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde nach § 10 Abs. 2 des BauGB.

Der räumliche Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 138b „Auf den Lehmkuhlen II“ liegt in Pattensen-Mitte und umfasst eine rd. 0,07 ha große Fläche nördlich des Kindergartens auf der Nordseite der Usedomer Straße. Die Lage des räumlichen Geltungsbereichs ist in dem beigefügten Kartenausschnitt verdeutlicht.



Quelle: Automatisiertes Liegenschaftskarte (ALK), Gemarkung Pattensen, Stand: 08/2006 ©

GLL

— Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 1. Änderung

Jedermann kann die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 138b „Auf den Lehmkuhlen II“ und die Begründung dazu im Bauamt, Abt. für Stadtplanung und Umweltschutz, der Stadt Pattensen, Dienstgebäude Marienstraße 2, während der Sprechstunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des BauGB über die Entschädigung von durch die 1. Änderung des Bebauungsplans eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 138b „Auf den Lehmkuhlen II“ in Kraft.

Pattensen, den 15. 02. 2007

STADT PATTENSEN
Der Bürgermeister
Griebe

5. Stadt RONNENBERG

Angemessenheit von Aufwandsentschädigungen nach § 111 Abs. 7 NGO

Die nach § 111 Abs. 7 Satz 1 Nds. Gemeindeordnung (NGO) an die Mitglieder des Aufsichtsrates der Energie- und Wasserversorgung GmbH Ronnenberg sowie Mitglieder des Beirates der Stadtwerke Hannover AG gezahlten Vergütungen werden bis zu einer Höhe von monatlich 40 € als angemessen angesehen.

Der vorstehende Beschluss des Rates der Stadt Ronnenberg vom 19.12.2006 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Ronnenberg, den 20.02.2007

STADT RONNENBERG

L. S. Der Bürgermeister
Walther

6. Stadt WUNSTORF

Haushaltssatzung der Stadt Wunstorf für das Haushaltsjahr 2007

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Wunstorf in seiner Sitzung am 17. Januar 2007 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wird

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	61.471.000 Euro
in der Ausgabe auf	61.471.000 Euro

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	6.241.300 Euro
in der Ausgabe auf	6.241.300 Euro

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2.370.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2007 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 5.000.000 Euro festgesetzt.